



Arbeitsgemeinschaft
sozialdemokratischer
Juristen

Antragsnummer: wird von der
Antragskommission ausgefüllt

Beseitigung gesetzlicher Ungleichheiten zwischen Ehegatten und Lebenspartnern

Antragsteller: Landesverband Berlin

Die ASJ Bundeskonferenz am 01. Juni 2008 möge beschließen:

Die SPD- Bundestagsfraktion wird aufgefordert, aufgrund der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs, in der er eine unzulässige Diskriminierung von Lebenspartnern bei der Hinterbliebenenversorgung festgestellt hat, im Bundestag einen Gesetzentwurf einzubringen, der die nach wie vor bestehenden gesetzlichen Ungleichheiten zwischen Ehegatten und Lebenspartnern beseitigt.

Begründung.:

Vor allem aufgrund der vom Bundesrat mit seiner konservativen Mehrheit verweigerten Zustimmung zum „Lebenspartnerschaftsergänzungsgesetz“ bestehen nach wie vor große Unterschiede in den Rechten von Ehegatten und Lebenspartnern, obgleich die entsprechenden Pflichten gleich sind. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in einer neuen Entscheidung (C-267/06) aufgrund eines Vorlagebeschlusses eines bayerischen Verwaltungsgerichts eine unmittelbare Diskriminierung von Lebenspartnern in Deutschland bei der Hinterbliebenenversorgung festgestellt. Auch die EU-Kommission weist schon seit längerem auf diese Defizite hin und droht mit einem Gerichtsverfahren, weil die Bundesregierung bisher beispielsweise Beamte und Soldaten in eingetragener Lebenspartnerschaft gegenüber Verheirateten diskriminiert. Eine entsprechende Novellierung der Gesetze ist daher dringend geboten.

Weiterleitung an ...

<input checked="" type="checkbox"/>	SPD-Bundestagsfraktion
<input type="checkbox"/>	SPD-Landtagsfraktionen
<input type="checkbox"/>	SPD-Parteivorstand
<input type="checkbox"/>	A-Länder Justizministerien
<input type="checkbox"/>	A-Länder Innenministerien
<input type="checkbox"/>	Sonstiges